

1 ***Solidarität mit den Menschen in der Ukraine (neu)***

2 **Für eine besonnene und entschlossene Reaktion auf den russischen Angriff**

3 Stand: 20. Juni 2022 (Beschluss Mitgliederversammlung)

4 Wir verurteilen den verbrecherischen Überfall der Russischen Föderation auf die Ukraine am 24.
5 Februar 2022 aufs Schärfste. Mit seinem Angriff auf ein friedliches und demokratisches Land
6 bringen Wladimir Putin und sein Regime tausendfachen Tod, unfassbares Leid, Mord, Folter und
7 Vergewaltigung über die Zivilbevölkerung der Ukraine und stürzen beide Gesellschaften in
8 einen Strudel aus Verarmung, Gewalt und Tod. Der Überfall markiert nicht nur einen eklatanten
9 Bruch der grundlegenden Normen des Völkerrechts, sondern auch eine Absage Putins an eine
10 stabile, auf Dialog gegründete europäische Friedensordnung unter Einschluss Russlands. Der
11 Angriff auf die Menschen der Ukraine ist auch ein Angriff auf die Werte Europas, auf Frieden
12 Demokratie und Freiheit, auf eine Politik, die Würde und Freiheit des Menschen im Zentrum hat.
13 Die Antwort hierauf kann nur in einem gleichsam im höchsten Maße besonnenen und
14 entschlossenen Vorgehen der demokratischen Staaten bestehen, die in enger Abstimmung
15 gemeinsam agieren. Deshalb unterstützen wir das Recht der Ukrainer*innen auf individuelle und
16 kollektive Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen. Dies schließt
17 ausdrücklich die Lieferung jener Waffen ein, die die Ukraine zur Wahrnehmung ihres
18 Selbstverteidigungsrechts benötigt.

19 Wir begrüßen die beispiellosen Sanktionen vieler Länder der Weltgemeinschaft gegen den
20 russischen Aggressor, einschließlich des für Russland zentralen Energiesektors. Sie machen
21 deutlich, dass dieser Bruch internationalen Rechts auch für eine Atommacht mit ernsten
22 Konsequenzen verbunden ist. Und sie bieten die Chance, die Fähigkeit Putins zur weiteren
23 Aggression zu vermindern. Das Vorgehen gegen die systematische Desinformation und
24 Propaganda durch russische Staatsmedien unterstützen wir.

25 Zugleich machen wir deutlich, dass wir alles tun müssen, um die Abhängigkeit von russischen
26 Energielieferungen zu beenden und schnellstmöglich vollständig von fossilen Energieträgern
27 unabhängig zu werden. In Hannover sind hierfür mit dem geplanten Kohleausstieg bis 2026,
28 einer neuen Verkehrspolitik und der guten Ladeinfrastruktur für Elektroautos wichtige Weichen
29 gestellt. Hier gilt es, den eingeschlagenen Weg in hohem Tempo weiter zu verfolgen.

30 Unsere besondere Solidarität gilt jenen Menschen, die vor dem Krieg nach Europa und auch
31 nach Hannover fliehen. Unter ihnen sind viele Menschen, die unseres besonderen Schutzes und
32 unserer Unterstützung bedürfen: allein reisende Elternteile mit Kindern, Senior*innen, LSBTIQ*,
33 Menschen mit Rassismuserfahrung und Menschen mit Behinderung. Viele von ihnen sind schwer
34 traumatisiert. Es gilt, ihnen neben einer optimalen Aufnahme und Erstversorgung auch ein gutes
35 Ankommen in Hannover zu ermöglichen. Viele von ihnen werden in den kommenden Jahren ein
36 Teil unserer Stadt werden. Unsere Dankbarkeit gilt den zahlreichen ehren- und hauptamtlichen
37 Helfer*innen ebenso wie allen Spender*innen und Unterstützer*innen – unter ihnen auch viele
38 russischstämmige Menschen.

39 Neben der aktuellen Hauptaufgabe der Aufnahme und Unterbringung Geflüchteter stehen wir zu
40 der Verantwortung auch der Politik vor Ort, eine starke soziale Hilfs- und Beratungsinfrastruktur
41 vorzuhalten. Hier ist es an der Bundesregierung und am Land Niedersachsen, die Kommunen zu
42 unterstützen und – nach den Jahren der Corona-Pandemie – finanziell den Herausforderungen
43 entsprechend auszustatten. Vor Ort müssen zusätzliche Kita- und Schulplätze geschaffen,
44 Unterkünfte und Wohnungen sowie spezifische Angebote für psycho-soziale Beratungen
45 bereitgestellt, der Ausbau von Angeboten für Deutsch- und Integrationskurse organisiert, die
46 Vermittlung auf den Arbeitsmarkt eingeleitet und eine individuelle Unterstützung bei
47 Behördenangelegenheiten ermöglicht werden. Für den großen Einsatz und das Engagement der
48 Verwaltungsmitarbeiter*innen die diese Unterstützungs- und Beratungsangebote gemeinsam
49 mit der Koordinierungsstelle Ukraine umsetzen, sprechen wir ihnen unseren besonderen Dank
50 aus.

51 Viele soziale Folgen des Krieges – einschließlich der steigenden Lebensmittel- und
52 Energiepreise – werden in den kommenden Monaten auch in den Kommunen deutlich spürbar
53 werden. Hier muss die Bundesregierung entstehende soziale Härten bestmöglich abfedern.

54 Heute müssen wir erwarten, dass ein langer Konflikt bevorsteht. Zu der entschlossenen
55 Unterstützung der Ukraine gehört es auch, mit allen diplomatischen Kräften das Streben nach
56 einer baldigen Waffenruhe und ernsthaften Friedensverhandlungen zu unterstützen.

57 Zugleich müssen die schrecklichen Kriegsverbrechen in Butcha, Mariupol und an anderen Orten
58 systematisch aufgeklärt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Frieden
59 setzt Gerechtigkeit voraus.

60 Für einen dauerhaften Frieden nach dem Ende der Kampfhandlungen braucht es eine
61 langfristige und verlässliche Unterstützung des Wiederaufbaus in der Ukraine, die der aktuellen
62 militärischen und humanitären Unterstützung in Nichts nachstehen darf. Auch weil sich die
63 Ukraine aktiv zu den Werten Europas bekennt, begrüßen wir mit Nachdruck ihren Beitritt zur
64 Europäischen Union als Teil dieser Perspektive.